

(16.02.2018 – 01.02.2018)

Grüner Pressespiegel

Karin Müller, MdL

28.02.2018 – Mobilitätsfördergesetz: Planungssicherheit für ÖPNV – für mehr Klimaschutz und Lebensqualität

Das neue Mobilitätsfördergesetz der Landesregierung gibt aus Sicht der GRÜNEN den Kommunen Planungssicherheit für den Öffentlichen Personennahverkehr, kommunalen Straßenbau und Radwegebau. „Mit den Fördermitteln können die Städte und Gemeinden einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und für die Gesundheit der Menschen leisten“, erklärt Karin Müller, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. „Gerade die aktuellen Debatten zur Belastung durch Stickoxide und Feinstaub zeigen, wie wichtig es ist, Alternativen zum Autoverkehr zu schaffen, um die Luftqualität in den Städten zu verbessern.“

„Wir GRÜNE haben bereits 2011 einen Gesetzentwurf eingebracht, der den Kommunen Rechtssicherheit über die so genannten Entflechtungsmittel geben sollte“, erläutert Müller. „Auch deshalb freuen wir uns sehr, dass die Landesregierung heute ein Mobilitätsfördergesetz vorlegt, das die Zweckbindung festlegt und die wegfallenden Bundesmittel ab dem Jahr 2020 durch Landesmittel ersetzt. Die Summe ist mit mindestens 100 Millionen Euro im Jahr festgelegt, das sind sogar 3,5 Millionen mehr als bisher. Das zeigt: Diese Landesregierung steht an der Seite der Kommunen. Um ihnen Planungssicherheit auch für größere Vorhaben mit langem Vorlauf zu geben, ist das Gesetz nicht befristet.“

„Wichtig ist uns auch, dass die Mittel gesetzlich festgelegt je zur Hälfte in den öffentlichen Nahverkehr und in die Straßen fließen. Zu lange wurde zu viel für Straßen ausgegeben, während Bus und Bahn zu kurz kamen. Deshalb ist es auch gut, dass das Land den Förderkatalog erweitert: So können künftig auch die Erneuerung, der Bau und Ausbau von Schienenstrecken, die Anschaffung von Fahrzeugen wie zum Beispiel Elektrobussen, der Umstieg auf effizientere Schienenfahrzeuge mit geringeren Emissionen, die Nachrüstung von Betriebshöfen und zentralen Werkstätten sowie Verleihsysteme für Fahrzeuge, also (E-)Car- Sharing und der Verleih von Fahrrädern und E-Bikes, gefördert werden. Für uns GRÜNE bedeutet Mobilität für alle mehr Lebensqualität und weniger Lärm und Abgasen, Staus und Verspätungen – das funktioniert nur in einem System mit unterschiedlichen und möglichst emissionsarmen Verkehrsmitteln, dank Digitalisierung

gut vernetzt, das alle schnell, sicher und klimaschonend zum Ziel bringt.“

Rathausfraktion

27.02.2018 – Gemeinsame Presseerklärung der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kasseler Linke, Freien Wähler und Piraten und der Liberalen Liste: Schwangerschaftskonfliktberatung - Stadtverordnete stehen solidarisch an der Seite der Ärztinnen

„Sehr geehrte Frau Nicklaus und sehr geehrte Frau Szász, Ihnen gebührt unser Respekt für Ihre Entscheidung, sich nicht einschüchtern zu lassen und das Recht der Frauen auf Information zu wahren, obwohl dies gleichzeitig für Sie selbst einen Prozess und eine eventuelle Verurteilung bedeuten kann“, so ein Zitat aus dem offenen Brief zum Thema Schwangerschaftskonfliktberatung und dem in der Kritik stehenden §219a StGB, den Stadtverordnete den Frauenärztinnen am Montag überreicht haben.

Anlässlich einer Strafanzeige gegen die Frauenärztinnen, denen vorgeworfen wird, unrechtmäßig auf Schwangerschaftsabbrüche hinzuweisen, hatte ein Großteil der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und des ehrenamtlichen Magistrates fraktionsübergreifend eine Solidaritätsbekundung verfasst und unterschrieben. „Wir sprechen hiermit unseren Dank, unseren Respekt und unsere Solidarität aus und wünschen Ihnen viel Kraft“, sind sich die Vertreterinnen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Kasseler Linke, Freie Wähler + Piraten und Liberale Liste einig.

Der offene Brief im Wortlaut sowie alle Unterzeichner*innen:

Kassel, den 05. Februar 2018

Offener Brief an die Frauenärztinnen Natascha Nicklaus und Nora Szász

Sehr geehrte Frau Nicklaus, sehr geehrte Frau Szász,

wir, Stadtverordnete und ehrenamtliche Magistratsmitglieder der Stadt Kassel, möchten Ihnen für Ihre Arbeit danken. Als Frauenärztinnen leisten Sie einen erheblichen Beitrag zur Gesundheitsvorsorge von Frauen in allen Lebensabschnitten. Von der Krebsvorsorge bis zur Unterstützung eines Kinderwunsches, die von Ihnen getragene Verantwortung ist groß.

Umso erschrockener waren wir, als bekannt wurde, dass gegen Sie - wie gegen die Gießener Ärztin Kristina Hänel - unter Berufung auf den §219a StGB Strafanzeige gestellt wurde. Ihnen wird vorgeworfen, auf Ihrer Internetseite für Schwangerschaftsabbrüche zu werben. In der Tat informieren Sie jedoch lediglich darüber, welche operativen Eingriffe Sie ambulant durchführen können - also ausschließlich über die Ihnen gegebenen Möglichkeiten.

Es ist offensichtlich, dass es sich bei der Strafanzeige gegen Sie um einen Einschüchterungsversuch eines Abtreibungsgegners handelt, der nicht einmal davor zurückschreckt, straffreie Schwangerschaftsabbrüche mit dem systematischen Massenmord durch die Nationalsozialisten zu vergleichen und unseren demokratischen Rechtsstaat als Diktatur bezeichnet.

Wir verurteilen dieses Vorgehen und werten es als einen Angriff auf die Selbstbestimmung der Frauen. Nur wenn alle benötigten Informationen verfügbar sind – und das betrifft bei Weitem nicht nur Schwangerschaftsabbrüche – können sorgsam abgewogene Entscheidungen getroffen werden.

Daher, sehr geehrte Frau Nicklaus und sehr geehrte Frau Szász, gebührt Ihnen unser Respekt für Ihre Entscheidung, sich nicht einschüchtern zu lassen und das Recht der Frauen auf Information zu wahren, obwohl dies gleichzeitig für Sie selbst einen Prozess und eine eventuelle Verurteilung bedeuten kann.

In Kassel wollen wir es Ihnen gleichtun und werden uns dafür einsetzen, dass der Zugang zu Informationen über die verschiedenen Angebote der Schwangerschaftskonfliktberatung erleichtert wird.

Wir sprechen hier mit unserem Dank, unserem Respekt und unsere Solidarität aus und wünschen Ihnen viel Kraft für die kommenden Wochen.

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Eva Koch, Dorothee Köpp, Dieter Beig, Dr. Andreas Jürgens, Boris Mijatovic, Christine Hesse, Awet Tesfaiesus, Joana Al Samarraie, Steffen Müller, Jürgen Blutte, Gernot Rönz, Dr. Martina van den Hövel-Hanemann, Vanessa Gronemann

Fraktion der SPD: Patrick Hartmann, Dr. Isabel Carqueville, Sascha Gröling, Helene Freund, Heidi Reimann, Sabine Wurst, Norbert Sprafke, Hermann Hartig, Anke Bergmann, Dr. Günther Schnell, Enrico Schäfer, Harry Völler, Judith Boczkowski, Dr. Rabani Alekuzei, Mario Lang, Johannes Gerken, Petra Ullrich

außerdem Stadtvorordnete Dr. Cornelia Janusch (Liberale Liste)

Fraktion Kasseler Linke: Vera Kaufmann, Violetta Bock, Ilker Sengül, Stephanie Schury, Lutz Getzschmann

Fraktion Freie Wähler + Piraten: Dr. Bernd Hoppe, Volker Berkhout, Vera Gleuel

Ehrenamtliche Magistratsmitglieder: Esther Kalveram (SPD), Hendrik Jordan (SPD), Hajo Schuy (SPD), Dr. Marlis Wilde-Stockmeyer (Kasseler Linke), Richard Schramm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Helga Weber (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Renate Fricke (FDP)

Rathausfraktion

27.02.2018 – Grüne: Liniennetzreform regelt das Jetzt - kostenloser ÖPNV ist eine Idee der Zukunft

„Das Ziel der KVG-Reform ist die Erhöhung der Fahrgastzahlen und eine bessere Anpassung des Netzes an die Nachfrage im Rahmen der aktuell geltenden Förderbedingungen“ so Eva Koch, verkehrspolitische Sprecherin der Kasseler Grünen.

„Wir haben der Netzreform zugestimmt, weil für uns die Vorteile deutlich überwiegen, auch wenn wir wissen, dass nicht alle Betroffenen rundum zufrieden sind. Würde mehr Geld für den ÖPNV zur Verfügung gestellt, hätten wir auch bereits mit der Liniennetzreform den ÖPNV noch weiter ausgebaut.“

Unabhängig davon setzen sich die Grünen für eine bessere finanzielle Ausstattung des kommunalen Nahverkehrs durch Zuschüsse des Bundes ein. Der Traum von einem kostenlosen öffentlichen Nahverkehr, den die Bundesregierung jetzt offensichtlich entdeckt habe, könne aus grüner Sicht nur Wirklichkeit werden, wenn die Tram- und Busnetze ausgebaut und solide finanziert würden.

„Die Kasseler FDP hätte nach der Kommunalwahl Verantwortung übernehmen können. Stattdessen hat Herr Nölke sich der Zusammenarbeit verweigert, ohne hierfür konkrete inhaltliche Gründe zu nennen“, stellt Koch fest. „Wir Grünen übernehmen die Verantwortung und setzen konkrete Schritte um, wie das jetzt im Ausschuss beschlossene Fußverkehrskonzept, um die kommunale Verkehrswende zu gestalten.“

Rathausfraktion

23.02.2018 – Grüne: Selbstverständlich auch Sozialwohnungen im Wohnquartier Eichwald

„Selbstverständlich wird es einen angemessenen Anteil an Sozialwohnungen geben“, kommentiert Joana Al Samarraie, wohnungspolitische Sprecherin der grünen Rathausfraktion, die neuerliche Forderung von Mieterbund und der Opposition nach bezahlbarem Wohnraum bei dem in Planung befindlichen Wohnquartier Eichwald in Bettenhausen.

„Die städtische Wohnungsbaugesellschaft GWG wird ihrem Auftrag, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, gerecht werden. Das ist auch unser Interesse.“

Der Siegerentwurf für das 32.000 Quadratmeter große Areal sieht vor, 127 Mietwohnungen und 45 Eigenheime zu schaffen, aber auch einen Gemeinschaftsplatz, ein Stadtteilzentrum und auch ein

modernes Mobilitätskonzept. „Noch sind die Planungen und Vorbereitungen aber nicht abgeschlossen. Das Projekt soll Mitte 2019 beginnen. Dass die Linken nun schon Vorwürfe machen, bevor die genauen Pläne überhaupt vorliegen, ist nicht nachvollziehbar“, so Al Samarraie abschließend.

Karin Müller, MdL

23.02.2018 – Mobilität: Sanierung der Landesstraßen kommt in großen Schritten voran

Aus Sicht der GRÜNEN im Landtag sind die heute bekannt gegebenen Erfolge bei der Sanierung der hessischen Landesstraßen eine großartige Bestätigung des eingeschlagenen Kurses in der Verkehrspolitik. „Gute Mobilität für alle bedeutet eine bessere Lebensqualität: mit möglichst wenig Lärm und Abgasen, Staus und Verspätungen“, erklärt Karin Müller, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. „Dafür müssen die unterschiedlichen Verkehrsmittel gut vernetzt und möglichst klimaschonend unterwegs sein. Deshalb stärkt die Landesregierung seit Eintritt der GRÜNEN Bus und Bahn, Fuß- und Radverkehr sowie E-Mobilität – und wir sanieren endlich die hessischen Straßen.“

„In Hessen wurde viel zu lange viel zu viel Geld in publikumswirksame Neubauprojekte gesteckt, die bestehenden Straßen wurden auf Verschleiß gefahren. Mit der 2016 angelaufenen Sanierungsoffensive haben wir diese Praxis beendet und durch den Grundsatz Sanierung vor Neubau ersetzt“, erläutert Müller. „Der Anteil des Straßenbauetats, der in Erhalt und Sanierung fließt, steigt kontinuierlich. Verkehrsminister Tarek Al-Wazir hat nach klaren, für alle nachvollziehbaren Kriterien eine Prioritätenliste mit 540 Sanierungsvorhaben und einem Gesamtvolumen von nahezu 400 Millionen Euro aufgelegt. Diese Liste wird kontinuierlich abgearbeitet; insgesamt sind 130 Maßnahmen bereits abgeschlossen. 2017 wurden 62 Straßen erneuert und wieder für den Verkehr freigegeben, 73 weitere Maßnahmen wurden neu begonnen.“

„Zugleich haben wir dafür gesorgt, dass die drei hessischen Verkehrsverbände bis 2021 jährlich rund 800 Millionen Euro von Bund und Land für bessere Bahn- und Busverbindungen bekommen – rund ein Viertel mehr als zuvor. Rekordinvestitionen bringen die Schieneninfrastruktur voran. Denn nur mit einer intelligenten Vernetzung von Schienen- und Straßenverkehr können wir in den Ballungsräumen das Verkehrsaufkommen in den Griff bekommen.“

Bettina Hoffmann, MdB

23.02.2018 – Pressemitteilung zur Gesundheitsgefahr von Stickoxiden

Zum verschobenen Urteil zu Diesel-Fahrverboten und der gestern publik gewordenen UBA-Studie zu

tausenden vorzeitigen Todesfällen durch Stickoxide erklärt Bettina Hoffmann, Sprecherin für Umweltpolitik der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN:

„Die Studie des Umweltbundesamts zeigt, dass Stickoxide in unserer Luft eine sehr ernstzunehmende Bedrohung sind. Stickoxide aus Dieselaabgasen können töten, indem sie schwere Erkrankungen an Herz, Kreislauf und Atemwegen sowie Schlaganfälle auslösen.

Besonders beunruhigt, dass Stickoxide nicht nur ein Problem in Innenstädten sind. Auch niedrigere Stickstoff-Konzentrationen wie sie im ländlichen Hessen typisch sind, können eine tödliche Gefahr für Menschen sein.

Die Autoindustrie und die Bundesregierung haben diese Gesundheitsgefahr jahrelang ausgeblendet und sperren sich gegen wirkungsvolle Lösungen wie die Blaue Plakette oder Hardware-Nachrüstungen. Die Konsequenz aus den folgenlosen Diesel-Gipfeln ist nun, dass Gerichte gezwungen sind, Maßnahmen zur Verbesserung unserer Atemluft zu verhängen.

Das Festhalten an der fossilen Ära in den Chefetagen der Autokonzerne gefährdet die Wettbewerbsstärke und Arbeitsplätze der Industrie. Für mehr Glaubwürdigkeit und Kundenzufriedenheit braucht es jetzt Hardware-Nachrüstungen und die Abkehr vom Verbrennungsmotor bis 2030. Verpasst die Autoindustrie diese Trendwende, stehen auch die Arbeitsplätze in den Baunataler VW-Werken auf dem Spiel.

Rathausfraktion

22.02.2018 – Grüne: Der Obelisk ist ein starkes Zeichen für ein weltoffenes Kassel

„Wir Grünen sprechen uns für den Verbleib des Obelisk in Kassel aus und hoffen, dass am Ende der Spendenaktion eine Lösung mit dem Künstler gefunden wird“, erklärt der Fraktionsvorsitzende Dieter Beig für die grüne Rathausfraktion. „Der Obelisk ist ein starkes Zeichen für ein weltoffenes Kassel, dem der Künstler an einem bewusst gewählten Ort seinen Ausdruck verliehen hat.“ Die Grünen bitten die Bürgerinnen und Bürger, sich ebenfalls für den Verbleib des Obelisk in Kassel einzusetzen.

Zu gegebenem Zeitpunkt müsse dann mit dem Künstler über den Kaufpreis und einen möglichen anderen Standort verhandelt werden. Dieter Beig: „Der CDU empfehle ich, sich nicht hinter einem Vertreterbegehren zu verstecken. Wäre ein solches seinerzeit zu den Beuys-Steinen vor dem Friedrichsplatz durchgeführt worden, könnten wir heute vermutlich nicht stolz auf das Kunstwerk 7000 Eichen blicken.“ Kunst könne und solle nicht gefällig sein, sie könne aber offene gesellschaftliche Probleme in den Blick nehmen, Nachdenken und Diskussionen anregen und über das Heute und Jetzt hinausweisen.

Gerade die Kontroversen um den Obelisk zeigen, wie notwendig er sei.

Rathausfraktion

20.02.2018 – Grüne: Kostenloser ÖPNV – Wie aus einem Traum Wirklichkeit werden kann

„Wir freuen uns, dass die Bundesregierung erste Denkversuche in Richtung eines kostenfreien Nahverkehrs unternimmt“, so Eva Koch, verkehrspolitische Sprecherin der grünen Rathausfraktion. „Damit aus dem lang ersehnten grünen Traum auch Wirklichkeit werden kann, braucht es aber nicht nur einen kostenfreien ÖPNV, sondern vor allem auch eine besser ausgebaute Infrastruktur.“ „Kassels Straßenbahnen sind bereits jetzt in den Stoßzeiten mit Berufs- und Schülerverkehr am Limit! Die Bundesregierung zäumt deshalb mit ihrem Vorschlag das Pferd von hinten auf. Eine solide Finanzierung, sowohl für den Betrieb als auch für den Streckenausbau – das braucht es als erstes, das fordern wir seit langem, bisher leider vergeblich“ bedauert Eva Koch. „Für Kassel wäre zum Beispiel eine Straßenbahnverbindung nach Harleshausen ein echter Gewinn. Hierfür die notwendigen Fördermittel bereitzustellen, da darf sich Berlin gerne beeilen.“ Besonders ärgerlich sei allerdings der Anlass für den plötzlichen Aktionismus: „Nicht weil unsere Städte laut und zugesperrt sind, weil Autos dreckig sind und stinken, nicht weil der Autoverkehr mehr Subventionen verschlingt als jedes andere Verkehrsmittel, nicht weil Fahrradfahren gesünder ist - nein, der einzige Grund ist die Furcht vor dem Fahrverbot! Vorausschauende Verkehrspolitik sieht anders aus!“ stellt Koch fest.

Bettina Hoffmann, MdB

20.02.2018 – Jetzt gilt es - Bundestagsdebatte zum § 219a StGB

Anlässlich der ersten Lesung der Gesetzentwürfe zur Änderung des § 219a StGB im Bundestag am kommenden Donnerstag, trafen sich die nordhessische Bundestagsabgeordnete Dr. Bettina Hoffmann und die Landtagsabgeordnete Sigrid Erfurth zu einem gemeinsamen Austausch mit lokalen Akteur*innen in Kassel. Dabei waren die Geschäftsführerin von Pro Familia, Petra Zimmermann, Irmes Schwager vom Frauenhaus sowie Laura Völker und Lisa Eberbach von Feminism Unlimited. "Uns ist es wichtig, den Prozess so transparent wie möglich zu gestalten, die Menschen in die Diskussion mit einzubeziehen und gemeinsam auf die Aufhebung des Paragraphen hinzuwirken." so Hoffmann. Bei dem Gespräch wurde deutlich, dass das Thema Schwangerschaftsabbrüche immer noch eine starke Tabuisierung erfährt und Betroffene dadurch stigmatisiert werden. Frauen erleben dies sehr

unterschiedlich und brauchen Unterstützung in der schwierigen Situation.

Der Gesetzentwurf der Grünen-Bundestagsfraktion sieht eine Abschaffung des §219a vor und begründet dies mit dem Recht von Schwangeren auf Informationen, die eigenständige Entscheidungsmöglichkeit der Frauen und die freie Arztwahl. Die mangelnden Aussagen im Koalitionsvertrag erschweren jedoch den Versuch, eine Mehrheit für eine Gesetzesänderung zu finden.

"Keine Frau macht es sich leicht, den Schritt zu einer Abtreibung zugehen. Ihre Entscheidung muss in jedem Fall respektiert werden. Wer die Zahlen der Abbrüche senken möchte, muss z.B. eine bessere Aufklärung, eine Kostenübernahme von Verhütungsmitteln durch Krankenkassen und die bessere soziale Absicherung von alleinerziehenden Frauen fordern. Eine Diffamierung von Ärztinnen und Ärzten, die den Eingriff durchführen, durch selbsternannte "Lebensretter", dürfen wir auf keinen Fall zulassen", so Hoffmann.